

## Geschichtsforschung wird immer schwieriger

### Der Historiker Andrej Blinuschow zum Fall Suprun



Der Fall Michail Suprun hat nicht nur in Wissenschaftskreisen für enorme Unruhe gesorgt. Der Dozent an der Pomorischen Staatsuniversität von Archangelsk hat Archivmaterial über das Schicksal verfolgter Russlanddeutscher gesammelt und wird dafür nun strafrechtlich verfolgt. Während sich die Staatsanwaltschaft Archangelsk noch in Schweigen hüllt, äußern sich russische Wissenschaftler, Anwälte und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen zu den Vorgängen in Archangelsk.

Rostow, im November 2009 – Der Historiker Andrej Blinuschow ist der Ansicht, dass das Verfahren gegen Michail Suprun nicht das letzte gegen Forscher sein wird, die sich mit der Phase der politischen Repression in der Sowjetunion beschäftigen. Es sei auch zu befürchten, meint Blinuschow im Gespräch mit ORNIS, dass die Archive der Behörden - neben dem Hauptarchiv gibt es 23 Behörden mit eigenem Archiv - den Wissenschaftlern "keine Dokumente mehr zur Verfügung stellen, obwohl wir hier ohnehin schon mit erheblichen Einschränkungen leben müssen."

*ORNIS: Erschreckt Sie vor allem der Umstand, dass womöglich künftig der Wissenschaft keine Daten mehr zur Verfügung stehen?*

Blinuschow: Das Datenschutzgesetz dient angeblich dem Schutz der Bürger. Dabei ist uns nicht ein einziger Fall bekannt, dass es wegen der Weitergabe ganzer Datenbanken durch Telefongesellschaften irgendwann einmal zu einem Gerichtsprozess gekommen ist. Es ist geradezu lächerlich, dabei werden in Moskau an jeder Straßenecke Datenbanken der Gosavtoinspekciija\* oder der Technischen Inventarisierungsbüros\*\* zum Kauf angeboten.

Aber gegen einen Historiker wird ein Strafverfahren angestrengt, nur weil das angeblich laut Gesetz möglich ist. Mit der gleichen Begründung könnte es noch Strafverfahren gegen sehr viele Personen in unserem Land geben. Betroffen wären all jene, die mit der Aufarbeitung politischer Verfolgung und der Veröffentlichung der entsprechenden Daten zu tun haben.

*Wodurch sieht sich der Staat bedroht?*

Ich befasse mich schon rund 20 Jahre mit diesem Thema, und ich habe den Eindruck, dass die Beamten ganz offensichtlich kein Signal bekommen haben, dass es an der Zeit sei, die Wahrheit über politische Verfolgung aufzudecken, mit der Vergangenheit abzurechnen und das Andenken an die Opfer zu bewahren. In den Regionen, wo das dagegen gut funktioniert, liegt das daran, dass beispielsweise der Vorsitzende der Rehabilitierungskommission selbst Sohn oder Enkel eines Verfolgten ist.

Oder aber die Beamten handeln auf direkte Anweisung vom Gouverneur. Boris Jelzin zum Beispiel war mit einem Verfolgten verwandt. Es wäre aber nicht korrekt zu behaupten, dass es erst unter Putin zu einer Wende im Umgang mit der Wahrheit über Verfolgungen gekommen sei. Dieser Prozess hat etwa nach einem Dreiviertel der Regierungszeit Jelzins begonnen: Das betraf das Aufdecken der Wahrheit, das Gedenken an die Opfer und vor allem die öffentliche Diskussion zu diesem Thema.

*Ist es so, dass der Staat sich nach wie vor nicht zu seiner Schuld bekennen will?*

Ich glaube, ja. Aber das hat nichts mit dem Stalinismus zu tun. Die Beamten sind nicht alle Stalin-Anhänger oder Befürworter extremer Methoden bei der Staatsführung. Aber sie vertreten sehr wohl die Ansicht, dass der Staat mit harter Hand geführt werden muss und der

Mensch in diesem Räderwerk nur eine untergeordnete Rolle spielt.

In den meisten Regionen der Russischen Föderation halten die Behörden nicht sehr viel von der Verwirklichung des „Gesetzes zur Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung“ aus dem Jahre 1991. Ausgenommen die Regionen, die früher selbst Verbannungsorte waren. Der Staat hat sich schon immer davor gefürchtet, dass Massenhinrichtungen publik werden. Darauf reagieren die Menschen besonders sensibel. Aus gutem Grund, denn es sind ihre Verwandten, die ums Leben gekommen sind.

Bereits 1923 hat das Revolutionstribunal ein geheimes Rundschreiben verfasst, in dem angeordnet wurde, Erschossene so zu beerdigen, dass keine Spuren von einem Grab zu sehen sind. Das ist ein wörtliches Zitat. Die Machthaber zweifelten ganz einfach an der eigenen Legitimität. Das kann man auch erkennen, wenn man archivierte Untersuchungsakten unter die Lupe nimmt. Die Bolschewiki waren davon überzeugt, dass niemand sie als legitime Macht anerkennen wird.

*Wie waren die Reaktionen in Historikerkreisen auf das Geschehen in Archangelsk?*

Die Geschichte um Dudarjew und Suprun hat alle sehr aufgebracht. Die Vorbereitung eines Gedenkbuches ist mit einer gewaltigen analytischen Arbeit verbunden, die einem niemand angemessen bezahlt, wenn überhaupt. Eigentlich müsste sich die Staatsanwaltschaft mit dieser Arbeit befassen, so, wie es im Rehabilitierungsgesetz vorgesehen ist. Heute wird diese Arbeit von Menschen geleistet, die das für ihre menschliche Pflicht halten.

Und ausgerechnet diesen Menschen unterstellt man eigennützige Absichten! Unsere internationale Gesellschaft Memorial meint, dass dann doch auch die Autoren aller 300 Gedenkbücher, die auf der Grundlage dieses Gesetzes bisher herausgegeben wurden, vor Gericht gestellt werden müssten. Diejenigen, die selbst die Geschichte des Terrors und der politischen Verfolgungen erforschen, waren natürlich die Ersten, die auf die Nachricht aus Archangelsk reagiert haben.

Uns beunruhigt ganz besonders, dass eine strafrechtliche Untersuchung wegen Sammels persönlicher Daten eingeleitet wurde, obwohl das einige Wissenschaftler, ehrlich gesagt, schon lange erwartet hatten.

*Was haben sie konkret erwartet?*

In den vergangenen zehn Jahren wurden heimlich, still und leise verschiedene Gesetze verabschiedet, die zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens in der Gesellschaft gar nicht als eine Bedrohung von Freiheit und Menschen-

rechten gesehen wurden. Aber dann gingen diese „Minen“ hoch.

Angaben aus Fragebögen von Verfolgten unterliegen zum Beispiel nicht der Geheimhaltung. Das ist im Gesetz zur Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung und im Datenschutzgesetz geregelt. Das Buch von Suprun ist noch nicht gedruckt. Es geht also nur um die gesammelten Daten. Wenn jetzt also von der Preisgabe von Daten die Rede ist, stellt sich die Frage, wo denn diese Preisgabe erfolgt ist.

Noch viel alarmierender ist die Behauptung, es wäre um die „Weitergabe von Daten ins Ausland aus eigennützigen Beweggründen“ gegangen. So etwas ist schon einmal einem Historiker passiert, dem Mitarbeiter des USA- und Kanada-Instituts der Akademie der Wissenschaften Russlands, Igor Sutjagin. Wir hätten es damals nicht für möglich gehalten, dass man Sutjagin verurteilt. Dabei hat er nur frei zugängliche Daten genutzt, die er im Rahmen eines humanitären Projekts weitergab. Aber er wurde wegen Spionage angeklagt und sitzt mittlerweile bereits zehn Jahre im Gefängnis.

*Welchen Grund gibt es, eine Person anzuklagen, die die Geschichte der Russlanddeutschen erforscht? Die Deutschen in Russland werden ja heute mit einem Sonderprogramm vom Staat unterstützt. Aus diesem Budget werden auch zahlreiche Forschungsarbeiten finanziert, die sich mit der Geschichte der Deutschen befassen.*

Das ist sehr schlimm. Vielleicht liegt es ja auch daran, dass es bei den Forschungsarbeiten Supruns nicht nur um Deutsche, sondern auch um Polen geht. Und hier befinden wir uns bereits in einem völlig anderen politischen Kontext. Es ist durchaus möglich, dass Professor Suprun und Oberst Dudarjew Opfer der politischen Geschichte geworden sind, die mit dem Verhältnis zwischen Russland und Polen zusammenhängt.

Zwischen dem polnischen Premierminister und der russischen Seite besteht ein gewisses Konsens, es wurde immerhin schon eine Absichtserklärung unterzeichnet, aber mit dem Präsidenten Polens gibt es überhaupt kein Einverständnis. Er beharrt kompromisslos auf seiner Forderung, den Fall Katyń vollständig offenzulegen.

Ein Großteil der Akten im Fall Katyń unterliegt der Geheimhaltung, was völlig unverständlich ist. Immerhin wurden bereits etliche Dokumente zu dem Massaker von Katyn veröffentlicht, nicht in Russland, aber im Westen. Es gibt auch Videoaufnahmen, in denen ehemalige Henkersknechte davon erzählen, wie das Massaker ablief. Andrzej Wajda hat das in

seinem Film „Das Massaker von Katyń“ mit dokumentarischer Präzision dargestellt.

Es ist also eigentlich völlig unklar, warum sich der russische Geheimdienst mit dem Fall Suprun und Dudarjew beschäftigt. Vielleicht hat es ja auch damit zu tun, dass es bei den Vorwürfen nicht nur um die Preisgabe persönlicher Daten, sondern auch um deren Weitergabe nach Deutschland und Polen geht.

*Michail Suprun hat Memorial um Hilfe gebeten. Was kann die Organisation tun?*

Der Professor hat sich an das wissenschaftliche Informationszentrum Memorial St. Petersburg gewandt. Die besten Rechtsanwälte von St. Petersburg haben ihn beraten und ihm Verhaltensregeln für die derzeitige Etappe der Untersuchung empfohlen. Memorial verfügt aber nicht über die finanziellen Möglichkeiten, um einen Rechtsanwalt aus Moskau oder St. Petersburg zu beauftragen und nach Archangelsk zu schicken. Trotzdem gibt es Möglichkeiten, den Professor während der Untersuchung zu beraten.

*Haben Rechtsanwälte in dieser Geschichte überhaupt einen Handlungsspielraum?*

Ich denke schon, weil das Ganze im völligen Widerspruch zum Gesetz über die Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung steht. Und eigentlich widersprechen die Anschuldigungen auch dem Datenschutzgesetz, denn in Paragraph 1 dieses Gesetzes steht, dass Archivdaten von dem Gesetz nicht berührt werden. Darüber hinaus gibt es natürlich viel Spielraum für juristische Auslegungen. Keine einfache Angelegenheit, würde ich sagen. Es wird viel vom professionellen Geschick der Juristen abhängen. (Interview: Irina Kornewa; Übersetzung: Norbert Krallemann)

\* staatliche Kfz-Inspektion, entspricht dem TÜV in Deutschland

\*\* Institutionen, die im staatlichen Auftrag für die technische Wartung und Inventarisierung von Immobilien zuständig sind

**Andrej Blinuschow**, Historiker, ist Vorsitzender der Gesellschaft für Geschichte und Bürgerrechte Memorial in Rjasan, Vorstandsmitglied von Memorial und Mitglied des Expertenrats des Menschenrechtskommissars in der Russischen Föderation. Von 1992 bis 2008 war er Chefredakteur der russischen Zeitschrift für Geschichte und Bürgerrechte „Karta“. Er ist Autor der Website „Menschenrechte in Russland“ ([www.hro.org](http://www.hro.org)). Im Rahmen seiner Arbeit sucht er nach den Gräbern der in der UdSSR verfolgten Polen und beteiligt sich daran, das Massaker von Katyn, bei dem sowjetische Geheimdienstmitarbeiter 1940 mehrere tausend polnische Offiziere und Zivilisten ermordeten, aufzuarbeiten.